

## Wintersession 2020 Sessionsrückblick - 1. Woche



### Andreas Aebi ist neu der höchste Schweizer

Der Nationalrat hat mit dem Berner SVP-Politiker Andreas Aebi einen neuen Präsidenten. Der 62-jährige Berner Landwirt, Viehzüchter und Auktionator ist seit 2007 Mitglied der Grossen Kammer. Aebi folgt auf Isabelle Moret (FDP/VD).

Andreas Aebi wurde mit 178 von 183 gültigen Stimmen gewählt. Im Vergleich zum langjährigen Mittel ist das ein überdurchschnittliches Resultat. Aebis Vorgängerin Isabelle Moret wurde vor einem Jahr mit einem Rekordresultat gewählt, nämlich mit 193 von 198 gültigen Stimmen. Im langjährigen Mittel wurden neue Nationalratspräsidenten und -präsidentinnen mit jeweils um die 150 Stimmen gewählt.

Der neue Nationalratspräsident will sein Amtsjahr unter das Motto «Zusammenhalt, Zuversicht und Zufriedenheit» stellen. Er hoffe sehr, dass das Parlament in den nächsten Tagen faire, griffige und schnelle Lösungen finde für Unternehmen, die unverschuldet in die Krise geraten seien, sagte Aebi in seiner Rede. Zusammenhalt bedeute auch, den Bedürfnissen der Regionen Rechnung zu tragen, sagte er auf Italienisch und ans Tessin gewandt.



Neue erste Vizepräsidentin des Nationalrats ist die Aargauerin Irène Kälin (Grüne). Sie wurde mit 137 von 168 gültigen Stimmen gewählt. Die 33-Jährige ist seit 2017 Mitglied des Nationalrats und übernimmt das Ratspräsidium voraussichtlich in einem Jahr von Aebi, für das Jahr 2022.

Nach den Grünen übernimmt im Jahr 2023 turnusgemäss die Mitte-Fraktion den Vorsitz der grossen Kammer. Zum neuen zweiten Vizepräsidenten wählte der Nationalrat am Montag den 40-jährigen Bündner Martin Candinas (CVP), mit 154 von 170 gültigen Stimmen.



### **Geschäftsmieten**

Noch im Sommer war das Parlament für einen Teilerlass von Geschäftsmieten während der ersten Corona-Welle. Ein halbes Jahr später ist die entsprechende Vorlage akut gefährdet. Der Nationalrat lehnte am Montag das Covid-Geschäftsmietegesetz in der Gesamtabstimmung ab. Der Entscheid fiel mit 100 zu 87 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Durchgesetzt hat sich eine Allianz aus SVP-, FDP-, der Mehrheit der Mitte-Fraktion und einigen GLP-Vertreterinnen und -Vertretern. Auch im Ständerat dürfte das Gesetz einen schweren Stand haben. Die vorberatende Kommission empfiehlt mit 8 zu 5 Stimmen, nicht darauf einzutreten. Schliesst sich die kleine Kammer an, ist die Vorlage erledigt.

### **Covid-Gesetz - Nachbesserungen**

Der Nationalrat hat am Dienstag das Covid-19-Gesetz beraten. An diesem müssen Änderungen vorgenommen werden, weil der Bundesrat bei den Massnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie nachgebesserte und etwa Gelder für Härtefälle sprach. Der Nationalrat will den Kreis der Unternehmen, die von der Härtefall-Regelung profitieren können, ausweiten und weiter gehen als der Bundesrat. Ausweitungsanträge bei der Kurzarbeitsentschädigung, die von der Ratslinken kamen, wehrte der Nationalrat ab. Dafür ist er bei den Bussen für Maskenverweigerer kulanter. Diese solle nur dort ausgesprochen werden können, wo der Anwendungsbereich für die Maskenpflicht klar abgrenzbar ist. Unmöglich und damit nicht ahnbar ist dies etwa in Fussgängerzonen. Thomas Aeschi (SVP/ZG), der kein Problem in der Disziplin beobachtet, kam mit seinem Antrag, gänzlich auf Bussen zu verzichten, mit 121 zu 65 Stimmen bei vier Enthaltungen nicht durch. In der Gesamtabstimmung nahm der Nationalrat das Geschäft mit 179 zu 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen an. Am Mittwoch berät der Ständerat die Änderungen.

### **Staatsbudget - Notfallregelung**

Der Nationalrat hat einer Notfallregelung für das Staatsbudget 2021 zugestimmt. Die Regelung tritt in Kraft, falls die Budgetberatung im Parlament wegen der Coronavirus-Pandemie nicht bis Ende 2020 abgeschlossen werden kann. Der Nationalrat stimmte der Regelung mit deutlicher Mehrheit von 161 zu 1 Stimme zu. Die Regelung sieht vor, dass der Antrag des Bundesrats für das Staatsbudget 2021 mitsamt den Nachmeldungen als Grundlage gilt. Der Antrag wird bei denjenigen Budgetposten abgeändert, bei denen die Finanzkommissionen der beiden Räte Mehrheitsanträge verabschiedet haben. Die Coronakredite würden allesamt bewilligt, da sie eher zu Beginn des Jahres ausbezahlt würden. Bei allen anderen Voranschlagskrediten sollen vorerst 50 Prozent bewilligt werden. In der Frühjahrsession würde dann der definitive Beschluss zu den Krediten gefasst. Am Mittwochnachmittag ist die Notfallregelung im Ständerat.

### **Landwirtschaft – Pestizide**

Der Nationalrat ist grundsätzlich einverstanden damit, Risiken für das Trinkwasser und die Umwelt durch Pestizide zu verringern. Er ist oppositionslos auf einen vom Ständerat bereits verabschiedeten Gesetzesentwurf eingetreten und in den bereits beschlossenen Details meist dem Ständerat gefolgt. Formell ist der von der ständerätlichen Wirtschaftskommission (WAK-S) ausgearbeitete Gesetzesentwurf zwar kein indirekter Gegenvorschlag zur Trinkwasser-Initiative und zur Pestizidverbots-Initiative, soll den Volksbegehren aber Wind aus den Segeln nehmen. Der Nationalrat konnte die Vorlage aus Zeitgründen noch nicht zu Ende beraten.



### **Corona-Armeeinsatz**

Der Bundesrat hatte Anfang November beschlossen, das Gesundheitswesen in der zweiten Corona-Welle mit bis zu 2500 Armeeangehörigen zu unterstützen. Weil das maximale Aufgebot die Anzahl von 2000 Armeeangehörigen übersteigt und länger als drei Wochen dauert, muss das Parlament den Einsatz genehmigen. Nach dem Ständerat stimmte nun auch der Nationalrat ohne Gegenstimme zu. Die grosse Kammer entschied auch, dass der Armeeinsatz nicht auf Alters- und Pflegeheime ausgeweitet wird.

### **Staatsrechnung 2019 und Nachtrag zum Voranschlag 2020**

Der Nationalrat hat die Staatsrechnung 2019 und den Nachtrag zum Voranschlag 2020 einstimmig angenommen. Ein Teil des Überschusses von 2019 wird dem Amortisationskonto für die Ausgaben des Bundes in der Corona-Krise gutgeschrieben. Der Bundeshaushalt schliesst das Jahr 2019 mit einem ordentlichen Überschuss von 3,1 Milliarden Franken ab. Budgetiert war ein Plus von 1,2 Milliarden Franken. Ende September beantragte der Bundesrat, dass dieser Überschuss dem Amortisationskonto, das die ausserordentlichen Ausgaben des Bundes zur Corona-Krise enthält, gutgeschrieben werden. Diesem Vorgehen hat der Nationalrat am Mittwoch als Erstrat zugestimmt. Ebenfalls einstimmig angenommen hat der Nationalrat den ordentlichen Nachtrag zum Budget 2020. Der Bundesrat beantragte dem Parlament zehn Nachtragskredite in Höhe von 98,2 Millionen Franken. Sie betreffen vor allem die Bundesbeiträge an die Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV, die höher als budgetiert ausfallen. Dieser Nachtragskredit enthält keine weiteren Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise.

### **Staatsbudget 2021**

Der Nationalrat hat am Donnerstag das Budget zu Ende beraten. Er erhöht die Rechnung 2021 im Vergleich zum Bundesrat um 726 Millionen Franken auf 80,730 Milliarden Franken. Das Defizit beträgt 4,917 Milliarden Franken. Mehr Geld ausgeben als der Bundesrat will der Nationalrat etwa bei der Forschung, bei den Direktzahlungen in der Landwirtschaft und für die Förderung von Umwelttechnologien. Die Hilfgelder, die wegen der Corona-Krise gesprochen werden, sollen wenn immer möglich im ordentlichen Budget verbucht und nicht grundsätzlich ausserordentlich ausgewiesen werden. Am kommenden Montag berät der Ständerat die Budgetvorlage.

### **Immobilienbotschaft**

Das Parlament hat 458,2 Millionen Franken für Immobilien des Bundes genehmigt. Der Nationalrat hiess die Immobilienbotschaft als Zweitrat mit 181 zu 0 Stimmen und ohne Enthaltung gut. Der Ständerat hatte die Kredite schon zuvor einstimmig bewilligt. Diese sind damit unter Dach und Fach. Vom Kredit werden 130 Millionen Franken für die zweite Bauetappe des neuen Verwaltungszentrums des Bundes in Bern verwendet. Weitere 153,2 Millionen Franken sind für die Ausstattung des Agroscope-Laborneubaus in Posieux im Kanton Freiburg vorgesehen. Der Rest wird für kleine Vorhaben gebraucht.

### **Elektrofahrzeuge**

Weil Elektroautos derzeit meist teurer sind als Autos mit fossilen Antrieben, schlägt es sich auf die Steuern nieder, wenn sie als Geschäftsfahrzeuge zur Verfügung gestellt werden und privat genutzt werden. Der Bundesrat kann nun eine befristete reduzierte Besteuerung prüfen. Der Nationalrat hat mit 133 zu 48 Stimmen aus der SVP ein Postulat seiner Umweltkommission überwiesen, mit dem der Bundesrat einverstanden war.



### "Keine schärferen Corona-Vorschriften für den Schweizer Wintersport"

Diesen Appell hat der Nationalrat an den Bundesrat gerichtet. Die grosse Kammer verabschiedete im Hinblick auf die Bundesratssitzung vom Freitag eine entsprechende Erklärung. Eingereicht hatte diese die Wirtschaftskommission des Nationalrats. Konkret soll die Regierung namentlich auf Kapazitätsgrenzen für Skigebiete verzichten. In Gondeln soll die Gesamtkapazität um maximal 20 Prozent reduziert werden. Der Rat stimmte mit 100 zu 80 Stimmen bei 9 Enthaltungen für die Verabschiedung der Erklärung.



Bern, im Dezember 2020  
David Zuberbühler